

Steile Wege der Stromversorger

Die Strombranche rechnet beim Atomausstieg anders als der Bund und muss Kritik einstecken

Der Verband der Stromfirmen geht davon aus, dass der AKW-Ausstieg beschwerlicher sein wird als vom Bund aufgezeigt. Unterschiedliche Beurteilungen ergeben sich beim Verbrauch und bei den Erneuerbaren.

Davide Scruzzi, Bern

In der Darstellung des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) steht dem Land ein Gang ins Gebirge bevor. Die drei am Dienstag in Bern präsentierten Szenarien zum AKW-Ausstieg (siehe obere Diagramme) wurden in Schwierigkeitsgrade unterteilt. Das erste wird als bewältigbarer «Bergwanderweg» bezeichnet: Das Auslaufen der Langfristverträge mit Frankreich und das langsame Wegfallen des Inland-AKW-Stroms werden darin vor allem mit neuen Stromimporten und dem Bau von 7 bis 8 grossen Gaskombikraftwerken bis 2035 kompensiert. Eine Dämpfung des Stromverbrauchs und etwas mehr erneuerbare Energien im zweiten Szenario («alpiner Pfad») führen zu einer punkto CO₂-Emissionen mit nur 4 bis 5 Gaskraftwerken etwas besseren Lage. Das Szenario «schwierige Klettertour» liegt den Vorstellungen von Doris Leuthard (unteres Diagramm) am nächsten und umfasst ebenfalls Importe und eine kleine Anzahl Gaskraftwerke.

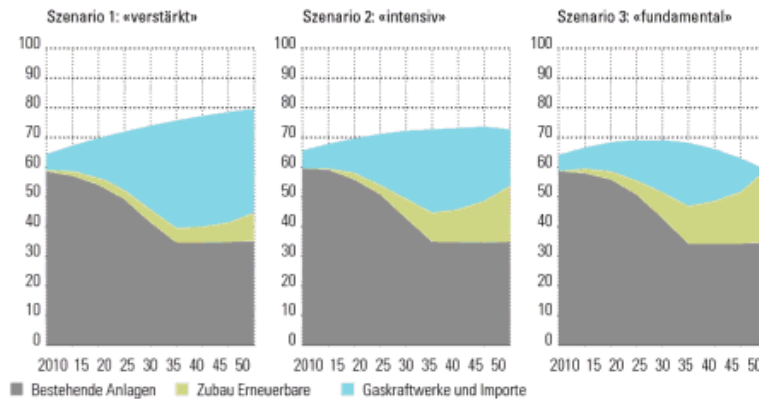
Deutlich höhere Strompreise

Die Annahmen des Bundes werden punkto Wasserkraft-Zubau redimensioniert und sehen unter jenem Punkt auch markante Pumpspeicher-Kapazitäten vor, die ihrerseits teilweise auf Importe angewiesen sein werden, wie es seitens des Bundesamts für Energie (BfE) auf Anfrage heisst. Trotzdem fällt auf, wie die VSE-Szenarien auf einen vergleichsweise hohen Importstrom-Anteil setzen. Unterschiedlich sind auch die Kostenannahmen. Die Gesamtkosten für den Produktions- und Netzausbau reichen bis ins Jahr 2050 gemäss VSE von 118 Milliarden Franken im Szenario 1 bis zu 150 Milliarden Franken im Szenario 3. Das seien Kostensteigerungen von 30 bis 70 Prozent, so der VSE. Diese Zahlen sind nicht so leicht mit optimistischen Kalkulationen des Bundes zu vergleichen, der derzeit von 30 Milliarden an Mehrkosten im Strombereich gegenüber der bisherigen AKW-Strategie ausgeht, dabei aber die Netzkosten nicht berücksichtigt.

Bei den Strompreisen werden vom VSE im Vergleich zu heute Erhöhungen zwischen etwa 130 und 170 Prozent angenommen – neue Abgaben sind dabei nicht eingerechnet. Die AKW-kritische Schweizerische Energiestiftung beklagt, dass die Branche mit solchen Rechnungen unnötige Ängste schüre. Der WWF wie auch der Verband Swisscleantech betonen angebliche gesamtwirtschaft-

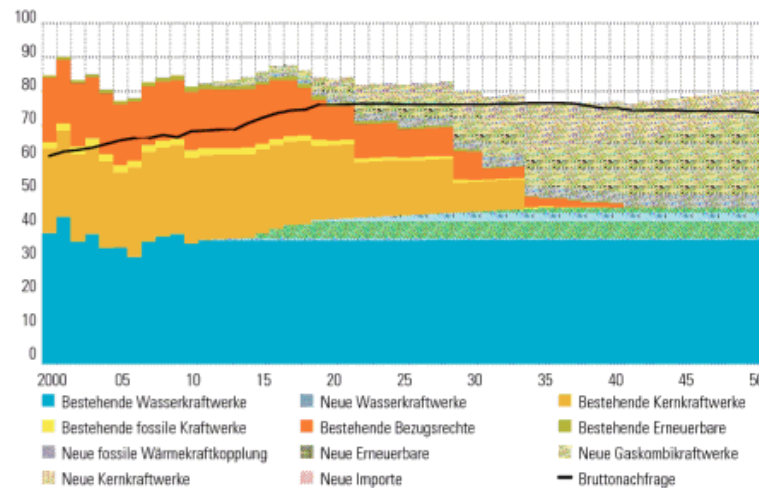
Die Prognosen der Strombranche und des Bundes im Vergleich

Szenarien des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Produktion und Entwicklung des Verbrauchs in TWh



Neue Energiepolitik des Bundesrates, Stand April 2012

Produktion und Entwicklung des Verbrauchs in TWh



QUELLE: VSE/BfE

NZZ-INFOGRAFIK/kt

liche Nutzen aus dem Atomausstieg und stufen den prognostizierten Zubau von Solarstromanlagen als zu gering ein. Wie in anderen Bereichen rechnet der VSE auch bei der Photovoltaik erst spät, nämlich nach 2035, mit einem starken Ausbau, der im Maximal-Szenario 3 bis 2050 zu einer Jahresproduktion von 14 Terawattstunden führen soll. Hoffnungen auf sinkende Solarstrom-Preisen wurden von Niklaus Zepf vom Stromkonzern Axpo relativiert. Betrachte man die Kosten der Photovoltaik von der Marktentwicklung her, dann werde Solarstrom noch lange teuer bleiben und Subventionen benötigen, weil die Verfügbarkeit unregelmässig und oft just in Phasen tiefer Strompreise hoch sei, so Zepf.

Politisch zurückhaltend

Unbestritten ist, dass eine zunehmend dezentrale Stromversorgung der Strombranche zwar Chancen bringt (etwa Kundenbetreuung bei Photovoltaikanlagen), aber auch technische und betriebswirtschaftliche Probleme aufwirft. So ist unklar, wie die Rentabilität von den für die Netzstabilität nötigen Gas-

kraftwerken gesichert werden soll, wenn ein zu starker Ausbau von unregelmässig auftretenden Energieformen gefördert würde.

Während die «Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz» als AKW-Lobby weiterhin neue AKW will, bleibt der VSE als Dachverband mit seiner vielfältigen Mitgliederstruktur politisch zurückhaltend. Nur am Rand wurde in einer Einschätzung eine Präferenz für das Szenario 1 angedeutet. VSE-Präsident Kurt Rohrbach forderte die rasche Lösung von Zielkonflikten, etwa zwischen Landschaftsschutz und Wasserkraft. «Das eigentliche Problem am Ausstieg ist nicht der Ausstieg, sondern die Verunsicherung, die damit ausgelöst wurde», sagte Rohrbach. Nötig sei ein investitionsfreundlicher Rahmen, so der VSE-Präsident und CEO der BKW.

Die viel beklagten Unsicherheiten und Probleme der hiesigen Strombranche resultieren aber nur zum Teil aus der neuen Energiepolitik. So sind etwa die Geschäfte im EU-Strommarkt nun schwieriger geworden, durch die dortige Konjunkturlage, die verzerrende Subventionierung von Ökostrom und durch den starken Franken.